

Libanon

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	20
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	20
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	22
Innere Lage im Empfängerland	26
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	28
Bedrohung von Alliierten	31
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	31
Unerlaubte Wiederausfuhr	34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	35

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Da der Libanon über keine relevante eigene Rüstungsindustrie verfügt, ist das Land auf Importe aus dem Ausland angewiesen. Zu den wichtigsten Lieferanten für den Libanon gehörten im Zeitraum 2019 bis 2023 die USA und Frankreich. Zuvor waren u.a. auch Brasilien, Kanada und die VAE wichtige Lieferanten. Deutschland spielt als Waffenlieferant für den Libanon kaum eine Rolle. Die letzten größeren Lieferungen umfassten in den Jahren 2007/2008 zwei gebrauchte Patrouillenboote. Deutschland stellt aber für die UN-Mission im Libanon (UNIFIL) unter anderem Personal, Gewehre und Pistolen sowie entsprechende Munition und eine Fregatte bereit.

Die libanesischen Streitkräfte sind, insbesondere im regionalen Vergleich mit Israel, Ägypten und Jordanien, recht klein und bestehen aus 60.000 aktiven Soldat:innen. Zuletzt kam ihnen, bedingt durch die zunehmende Bedrohung durch den syrischen Bürgerkrieg, das Erstarken des sogenannten Islamischen Staats sowie der instabilen inneren Lage im Libanon, eine wichtige Rolle zu. Da große Teile der militärischen Ausrüstung veraltet waren, wurden umfassende Modernisierungsmaßnahmen angestoßen, die die Operationsfähigkeit der Armee angesichts zunehmender regionaler Konflikte langfristig stärken sollten. Notwendig waren und sind hierfür Waffenkäufe aus dem Ausland. Auch profitierten die libanesischen Streitkräfte von Trainings durch internationale Partner. Die katastrophale Explosion im Hafen von Beirut 2020 und deren wirtschaftliche und politische Folgen werden jedoch Pläne der nationalen Sicherheitsstrategie weiter verzögern.

Der andauernde Konflikt zwischen der Hisbollah und Israel, massive Terrorbedrohungen sowie die auf libanesischen Boden übergreifenden Kämpfe unterschiedlicher militanter Gruppierungen aus Syrien stellen indes gegenwärtig große Gefahren für die Stabilität des Libanon dar. Insbesondere in den Städten Tripoli, Sidon und Aرسال führte das libanesische Militär bislang Operationen gegen solche Gruppen durch. Das brutale Vorgehen der Streitkräfte soll in der Vergangenheit jedoch auch öfters syrische Geflüchtete getroffen haben. Im Rahmen zivilgesellschaftlicher Demonstrationen gegen die libanesische Regierung berichtete unter anderem Amnesty International über unverhältnismäßige Gewaltanwendungen durch das Militär. Auch hat Human Rights Watch regelmäßig auf Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte aufmerksam gemacht.

Mit der jüngsten Eskalation zwischen Israel und der Hamas seit dem 07. Oktober 2023 kommt es auch immer wieder zu Gefechten zwischen der aus dem Libanon operierenden Hisbollah und den israelischen Streitkräften. So wurden im Juni 2024 allein über 200 Raketen von der Hisbollah auf israelisches Gebiet abgeschossen. Die israelischen Streitkräfte reagierten immer wieder mit gezielten Tötungen und Luftabgriffen. Aktuell (Stand Anfang Juli 2024) ziehen die israelischen Streitkräfte Truppen an der libanesischen Grenze zusammen. Die Wahrscheinlichkeit für eine weitere Eskalation und eine israelische Intervention scheint derzeit hoch.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Der Libanon ist nahezu allen Verträgen zur Abrüstung beigetreten, mit Ausnahme u. a. der Anti-Personenminen-Konvention und dem Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden. 2015 trat das Land auch dem Internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) bei. Ebenso ist der Libanon zahlreichen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Dennoch genießen Minderheiten (beispielsweise die langjährig im Libanon lebenden palästinensischen Geflüchteten) weiterhin nicht dieselben Rechte wie Libanes:innen. Auch Frauen werden nicht die gleichen Rechte zugestanden wie Männern. Personen der LGBTQIA+ Community sehen sich im Libanon systemischer Diskriminierung ausgesetzt. Menschenrechtsorganisationen kritisieren außerdem u. a. die Gewaltanwendung durch libanesischen Sicherheitskräfte sowie die schlechten Haftbedingungen in libanesischen Gefängnissen.

Der Libanon liegt in einer politisch sehr angespannten Region mit zahlreichen Konflikten. Insbesondere der Syrien-Konflikt, in den der Libanon durch die Beteiligung der Hisbollah an den Kampfhandlungen tief verstrickt ist, sowie der anhaltende palästinensisch-israelische Konflikt, der sich im Oktober 2023 mit dem Angriff der Hamas auf Israel wieder drastisch verschärft hat, stellen das Land derzeit vor die härtesten Zerreißproben seit dem Ende des libanesischen Bürgerkriegs 1990. Darunter leiden die politische Verfasstheit und Stabilität des Libanon. Seit dem Libanonkrieg von 2006 zwischen der Hisbollah und Israel bestehen weiterhin massive Spannungen zwischen beiden Seiten. Der Libanon wird, wie viele andere Staaten der Region, zudem durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) bedroht. Insgesamt gilt als der Libanon als fragiler Staat. Hierzu tragen die externen Bedrohungslagen ebenso wie das konkordanz-demokratische politische System des Libanon bei, welches mit dem Ende des Bürgerkrieges Frieden schaffen sollte, seither aber vor allem politische Pattsituationen und die Handlungsunfähigkeit der Staatsinstitutionen fördert. Lange war das Amt des:der Staatspräsident:in vakant, weil sich die Parteien nicht auf eine:n Amtsträger:in einigen konnten. Ebenso wurde das Parlament ab 2009 lange nicht mehr gewählt. 2018 fanden schließlich wieder Wahlen statt. Starke Konfliktlinien entstehen aufgrund der politischen Gegebenheiten seit jeher entlang der religiös-konfessionellen Heterogenität des Libanon, welche insbesondere durch die Eliten gefördert werden. Nach den Wahlen 2022, in Folge auf das Ende der Amtszeit von Aoun, befindet sich der Libanon aktuell politisch wieder in einer Krise, da bisher kein neuer Präsident bestimmt werden konnte. Konfessionelle Grabenkämpfe tun sich zwischen der schiitischen Hisbollah und christlichen Gruppen auf; das Parlament ist fragmentiert.

Die allgemeine Kriminalitätsrate im Libanon galt lange als vergleichsweise niedrig, was sich seit einigen Jahren aber zusehends ändert. Drogen-, Menschen-, und Waffenhandel sind problematisch. Vor allem in der Grenzregion zu Syrien sowie in der Bekaa-Ebene kommt es immer wieder zu illegalem Waffenhandel, da die Grenze porös und schwer kontrollierbar ist.

Mit einem Nationaleinkommen pro Kopf von 4.410 US-Dollar (2022) zählt das Land heute nur noch zu den lower middle income economies. Die Auslandsverschuldung ist mit 319 % des Nationaleinkommens (Stand 2022) enorm hoch. Der Libanon steckt derzeit in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Bereits vor der Covid-Pandemie schrumpfte die Wirtschaftsleistung leicht bzw. deutlich (um 1,9 % 2018 und 6,9 % 2019) bevor sie 2020 dramatisch einbrach (-21,4 %). Auch 2021 erholte sich die Wirtschaft nicht (-7 %). 2022 war noch immer eine Schrumpfung um 0,6 % zu verzeichnen. Der Libanon befindet sich derzeit in einer sehr akuten und dauerhaften Finanz- und Wirtschaftskrise, welche von der Weltbank als wahrscheinlich

eine der drei schwersten Krisen weltweit seit Mitte des 19. Jahrhunderts gewertet wird. Armutszahlen liegen nicht vor; jedoch gehen Schätzungen davon aus, dass etwa 60 % der Bevölkerung in Armut lebt. Auch die Lebenserwartung ging zuletzt drastisch zurück; sie fiel innerhalb von nur fünf Jahren um sechs Jahre. Mit 6,5 % des Nationaleinkommens empfing der Libanon zuletzt daher wieder so viel internationale Entwicklungshilfe, wie zuletzt 1990 zu Ende des libanesischen Bürgerkriegs. Abweichend von der BICC-Datenbank – Rüstungsexporte in den Libanon in Hinblick auf Kriterium acht des gemeinsamen Standpunktes als zumindest möglicherweise kritisch.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Revolver und Pistolen	0,006
2000	Revolver und Pistolen	0,027
2001	Munition für Revolver, Pistolen, Jagd- und Sportwaffen	1,04
2002	-	-
2003	Revolver und Pistolen: 90,1%	0,005
2004	Geländewagen (für Botschaft eines EU-Landes)	0,25
2005	Geländewagen (für Botschaft eines EU-Landes)	0,14
2006	Geländewagen (für Botschaft eines EU-Landes)	0,24
2007	Gewehre (VN-Mission), Maschinenpistolen (VN-Mission), halbautomatische Flinten (VN-Mission), Pistolen, Waffenzielgeräte und Teile für Gewehre (VN-Mission), Maschinenpistolen (VN-Mission): 68,1%; Körperschutzwesten und Einschübe für Körperschutzwesten (Libanesischer Zoll und VN-Mission): 20,2%	0,05
2008	Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Pistolen, Scharfschützengewehre und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinengewehre, Pistolen: 49,3%; Munition für Gewehre, Revolver, Pistolen und Flinten: 20,1%; LKW, Minenräumgeräte, Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Minenräumgeräte: 16,2%	4,09
2009	Geländewagen mit Sonderschutz: 52,8%; Helme, Körperpanzer, Körperschutzwesten, Splitterschutzanzüge und Teile für Schutzwesten: 18,1%; Bildverstärkerausrüstung: 14,5%	1,21
2010	Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen (VN-Mission), Pistolen, Waffenzielgeräte (VN-Mission) und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen (VN-Mission), Pistolen, Waffenzielgeräte (VN-Mission): 75,9%; Munition für Gewehre (VN-Mission), Maschinenpistolen (VN-Mission), Revolver (VN-Mission), Pistolen (VN-Mission) und Flinten (VN-Mission): 12,2%	0,83

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2011	Munition für Gewehre (VN-Mission), Revolver, Pistolen, Jagdwaffen und Sportwaffen: 52,9%; Geländewagen mit Sonderschutz (ausländische Botschaft): 41,2%	1,20
2012	Geländewagen mit Sonderschutz: 78,4%; Munition für Gewehre (VN-Mission), Pistolen (VN-Mission), Revolver (VN-Mission) und Flinten (VN-Mission): 21,0%	0,75
2013	Geländewagen mit Sonderschutz (Botschaften, VN-Mission, EU-Delegation) und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte (Hilfsorganisation), ballistischen Schutz (VN-Mission): 93,2%	1,76
2014	Nachtsichtgeräte und Teile für Nachtsichtgeräte: 86,3%	4,44
2015	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, ballistischen Schutz: 60,2%	1,29
2016	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Geländewagen mit Sonderschutz [sämtlich für Botschaft]: 70,7% Flugkörperabwehrsysteme für Flugfahrzeuge und Teile für Flugabwehrsysteme: 11,6%	4,66
2017	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission und Botschaft] und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 97,2%	1,04
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission, EU-Mission, Botschaft] und Teile für Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission, EU-Mission]: 54,0% Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung, Ausrüstung zum Stören von Satellitennavigation und Teile für Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung: 21,2% Helme und Schutzplatten für Schutzwesten: 20,7%	2,83
2019	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für Geländefahrzeuge [VN-Mission], ballistischen Schutz [Botschaft]: 94,3%	0,76
2020	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft], ballistisches Glas für Geländewagen [VN-Mission, Botschaft] und Teile für den ballistischen Schutz [Botschaft]: 95,3%	0,39
2021	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile für ballistischen Schutz: 97,9%	0,50
2022	Teile für ballistischen Schutz [VN-Mission]: 100,0%	0,01
2023	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [VN-Mission] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [Botschaft, VN-Mission]: 96,6%	0,87

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

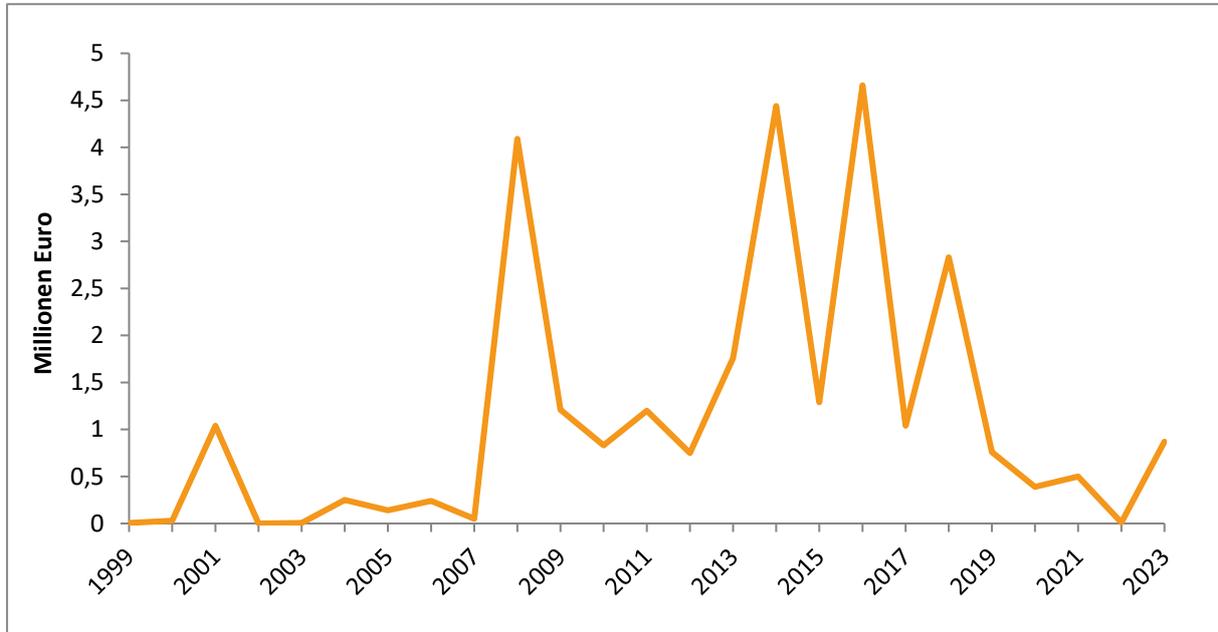
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Libanon 2000-2023

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
1	Bremen-2	Patrouillenboot	2007	2007	1	Gebraucht
1	Totendorf	Patrouillenboot	2008	2008	1	Gebraucht; Schenkung

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist kein wichtiger Waffenlieferant für den Libanon. Letzte große Lieferungen beschränkten sich auf zwei Patrouillenboote zwischen 2007 und 2008. Seither wurden dem Rüstungsexportbericht der Bundesregierung zufolge vor allem Nachtsichtgeräte und Geländewagen geliefert. So genehmigte die Bundesregierung 2015 die Lieferung von Geländewagen mit Sonderschutz, aber auch von Flugkörperabwehrsystemen, in einem finanziellen Umfang von rund 4,7 Millionen Euro. Auch 2016 bis 2020 wurden insbesondere Geländewagen mit Sonderschutz geliefert, für die Botschaft bzw. die UN-Mission vor Ort. Darüber hinaus stellte Deutschland für die UN-Mission u. a. Gewehre und Pistolen sowie entsprechende

Munition bereit. Im Rahmen der Mission, an der auch die deutsche Bundeswehr beteiligt ist, erhielt der Libanon von Deutschland außerdem eine Kette aus Radarstationen sowie eine Kontrollzentrale, die bis 2013 entlang der Küste errichtet wurden. Das verantwortliche Personal ist von deutschen Marinesoldat:innen ausgebildet worden. So soll die Seeraumüberwachung vor der libanesischen Küste gewährleistet und der Waffenschmuggel eingedämmt werden.

In 2021 wurden erneut Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz im Wert von 0,5 Mio. Euro an den Libanon geliefert. Auffällig ist, dass der Rüstungsexportbericht nicht angibt, dass es sich hierbei um eine Lieferung an eine Internationale Mission handelt. Lediglich bei der Lieferung von 209 Teilen für Gewehre und Maschinenpistolen im Gesamtwert von 7.392 Euro ist eine solche Angabe zu finden. Im Jahr 2022 wurde lediglich eine einzelne Exportlizenz erteilt. Diese umfasste Teile für ballistischen Schutz für eine VN-Mission im Wert von 12.715 Euro. Im Gegensatz dazu erreichte das Volumen der genehmigten Ausfuhren nach Libanon ein Jahr später den höchsten Stand seit 2019 erreichte. So wurden 2023 Geländewagen mit ballistischem Schutz und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz an die Botschaft der Vereinten Nationen geliefert, mit einem Gesamtvolumen von 871.753 Euro.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in den Libanon 2019-2023, Mio. TIV¹

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	58	45	43	30	5	181

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

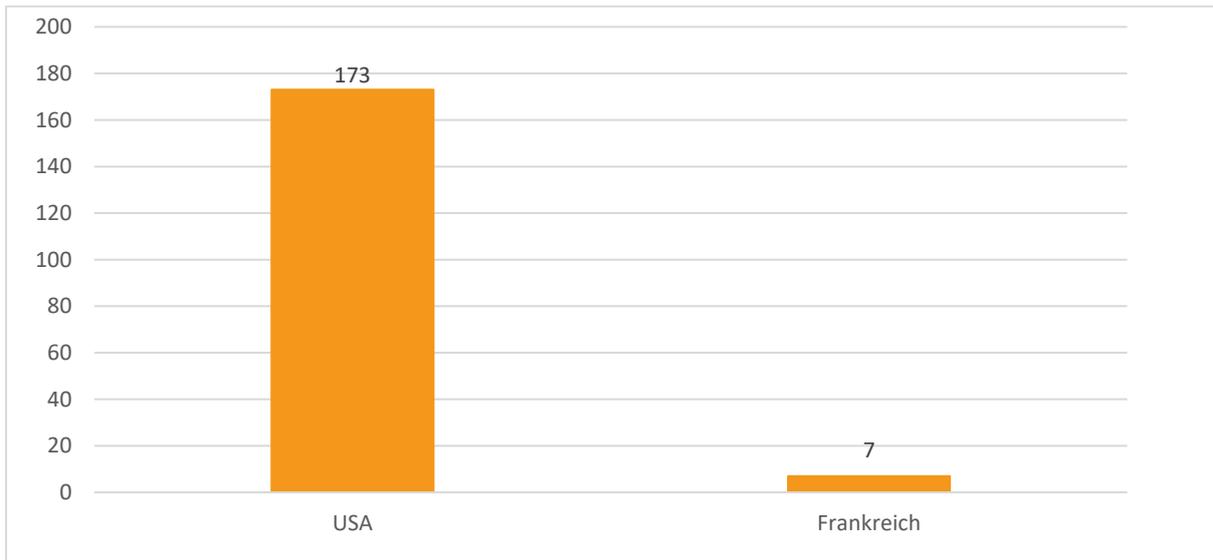
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in den Libanon 2019-2023, Mio. TIV

Da Deutschland zwischen 2019 und 2023 keine kompletten Großwaffensysteme nach Libanon lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023, Mio. TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2024) nahm der Libanon 2019 bis 2023 die 69. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Gleichzeitig war das Land kein relevanter Exporteur von Rüstungsgütern. Zu den wichtigsten Lieferanten für den Libanon gehörten im Zeitraum 2019 bis 2023 die USA und Frankreich.

Von den USA erhielt der Libanon zwischen 2014 und 2015 150 Hellfire Panzerabwehrraketen sowie 239 weitere Panzerabwehrraketen des Typs TOW, von welchen seither weitere 1.850 geliefert wurden. Auch weitere 1.000 Hellfire-Raketen sowie 2.000 WGU-59 Panzerabwehrraketen wurden von 2019 bis 2021 geliefert. 2018 bis 2020 erhielt der Libanon auch 1.500 US-amerikanische BGM-71F TOW-2B Panzerabwehrraketen. 2015 bestellte der Libanon zudem ein Cessna Transportflugzeug in den USA, das 2016 geliefert wurde. 2014 schloss der Libanon darüber hinaus einen Vertrag mit den USA über die Lieferung von sechs gebrauchten UH-1H Huey Helikoptern ab; diese wurden bis 2017 geliefert. 2020 bestellte der Libanon drei weitere gebrauchte Exemplare, die 2021 geliefert wurden. Im August 2016 erhielt der Libanon außerdem Rüstungstechnologie aus den USA im Wert von rund 50 Millionen US-Dollar, darunter 50 bewaffnete Humvee Geländewagen, 40 Stück Artillerie, 50 Granatenwerfer und rund 1.000 Tonnen Munition. In den letzten Jahren stifteten die USA dem Libanon außerdem gepanzerte Personentransporter und andere Vehikel, leichte Hubschrauber sowie sechs ScanEagle Drohnen. 2023 wurde die Schenkung von drei ausgemusterten SP-2600 Patrouillenbooten an den Libanon abgeschlossen.

Brasilien lieferte 2017 im Rahmen eines 30 Mio. Euro-Geschäftes 20 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ VBTP Guarani an den Libanon. Zwischen 2017 und 2018 exportierte es außerdem sechs EMB-314 Super Tucano Kampfflugzeuge in den Libanon. Das

Geschäft hierfür belief sich auf 173 Mio. US-Dollar. Von Frankreich erhielt der Libanon 2013 neun gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Sherpa und 12 vom Typ VAB-BTT sowie 2015 48 MILAN Raketen. Zudem spendete Frankreich dem Libanon 2017 bis 2019 25 gepanzerte Mannschaftstransporter mit Abschussvorrichtungen für Panzerabwehrraketen vom Typ VCAC Mephisto und 600 Panzerabwehrraketen. 2023 wurde eine weitere Schenkung von 25 VAB-VTT gepanzerten Fahrzeugen angekündigt. Kanada lieferte 2017 bis 2018 acht Flugzeugmotoren für sechs brasilianische Trainings-/Kampfflugzeuge. Aus den VAE erhielt der Libanon 2018 einen gebrauchten SA-330 Puma Hubschrauber.

Das Vereinigte Königreich kündigte 2016 an, in den kommenden Jahren den Libanon mit rund 26 Millionen Euro unterstützen zu wollen, um die libanesischen Streitkräfte an der Grenze zu Syrien noch besser für den Kampf gegen den Terrorismus auszubilden. Ähnliche Verlautbarungen gab es 2016 auch von Russland, das zunehmend Militärhilfen für den Libanon leisten möchte. Allerdings lieferte Russland die bereits im Jahr 2010 versprochenen MiG-29 Kampffjets und T-72 Panzer nie aus. Im Dezember 2013 wurde bekannt, dass Saudi-Arabien dem Libanon finanzielle Unterstützung in Höhe von drei Milliarden US-Dollar zusicherte, die für Bestellungen von Rüstungsgütern in Frankreich vorgesehen waren. Diese massive finanzielle Zusicherung des Königreichs ist im Kontext des regionalen Machtkampfes zwischen Saudi-Arabien und Iran zu verstehen. Das Ziel hinter diesem Drei-Länder-Vertrag war es, die libanesischen Armee im Vergleich zur Hisbollah-Miliz zu stärken und die libanesischen Grenzen besser zu kontrollieren. Die geplanten Lieferungen umfassten u. a. sieben Gazelle Helikopter, drei Combattante-4 Schiffe und 100 gepanzerte Mannschaftstransporter. Anfang 2016 wurden die Lieferungen jedoch vorerst ausgesetzt. Grund dafür soll die mangelnde Verurteilung der iranischen Angriffe auf die saudische Botschaft in Teheran von Seiten Beiruts sein.

Seit August 2006 besteht ein UN-Waffenembargo gegen den Libanon. Damit werden alle Waffenlieferungen, die nicht entweder von der libanesischen Regierung oder der UNIFIL Mission autorisiert werden, verboten. Dieses Embargo soll verhindern, dass illegale Waffenlieferungen an militante Gruppen wie die Hisbollah stattfinden. Die Verhängung des Embargos gilt als Versuch, den andauernden Konflikt zwischen Israel und dem Libanon zu entschärfen.

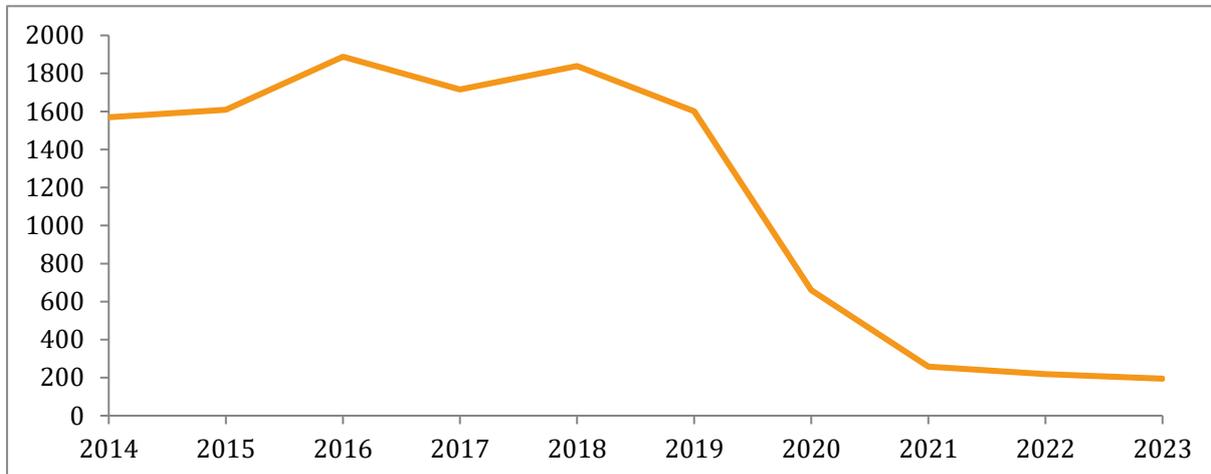
Militärausgaben

Tabelle 5
Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2154	2172	2269	2323	2386
Anteil am BIP (in Prozent)	4,2	3,0	3,4	2,9	8,9
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	15,2	15,5	15,2	10,7	-

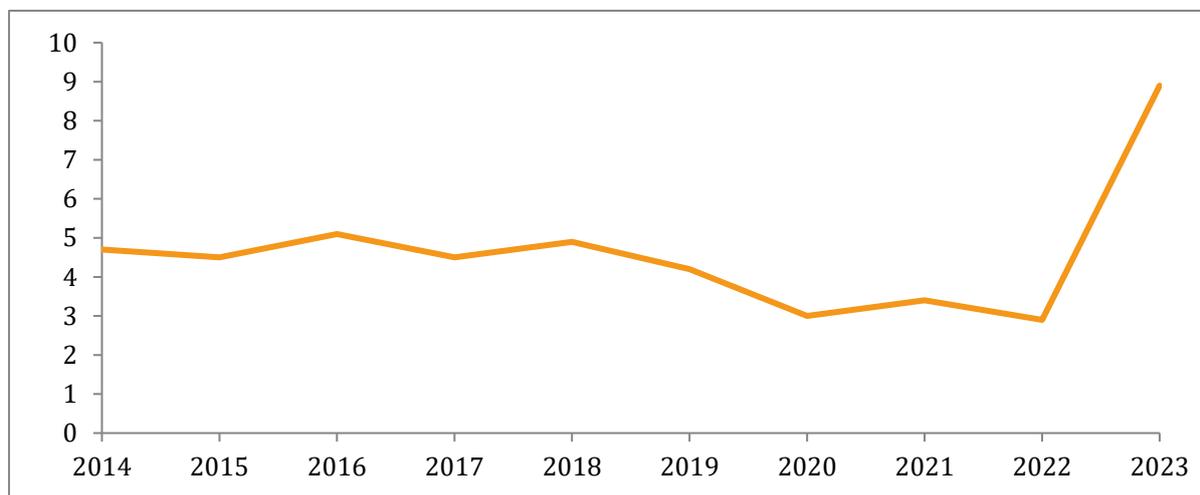
*Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database*

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Der Libanon verfügt über keine relevante eigene Rüstungsindustrie und ist daher stark auf Importe aus dem Ausland angewiesen. Das macht ihn zu einem interessanten Absatzmarkt

für Rüstungsgüter. Mehrere Staaten ringen derzeit um Einfluss im Libanon und versuchen, sich als wichtigste Waffenlieferanten durchzusetzen. In diesem Kontext sind unter anderem die USA, Frankreich, Russland und Saudi-Arabien zu nennen. Auf der Verteidigungsmesse „Security Middle East Show“ in Beirut versuchen einige, Geschäfte mit dem Libanon zu machen und neue Verträge über Waffenlieferungen abzuschließen – darunter 2015 auch Polen und Brasilien. In diesem Kontext sollte auch die libanesische Rüstungsindustrie ausgebaut werden, um langfristig nicht mehr so stark von externen Akteuren abhängig zu sein. Hier sind bisher allerdings keine Fortschritte zu erkennen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

60.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 56.600

Marine: 1.800

Luftwaffe: 1.600

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: ca. 20.000 davon:

Zentrale Sicherheitskräfte: ca. 20.000

Zoll: k. A.

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	60	60	60	60	60	60	60	60
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	9,4	9,6	9,8	10,1	10,4	10,6	10,7	10,9

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Kommentar

Im regionalen Vergleich mit Israel, Ägypten und Jordanien besitzt der Libanon mit rund 60.000 aktiven Soldat:innen eine relativ kleine Armee. Durch den Krieg in Syrien wurden die Streitkräfte zuletzt stark gefordert. Da große Teile der Ausrüstung trotz westlicher Unterstützung veraltet waren, wurden umfassende Modernisierungsmaßnahmen angestoßen, um die Operationsfähigkeit der Armee angesichts der zunehmenden regionalen Konflikte zu stärken. Die USA, Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich spielen eine wichtige Rolle für die libanesischen Streitkräfte hinsichtlich Trainings, operationeller und materieller Unterstützung. Insgesamt gilt das libanesische Militär im regionalen Vergleich als äußerst gut ausgebildet. Vor dem Syrienkrieg fand die Ausbildung libanesischer Soldat:innen zu großen Teilen entweder in Frankreich oder vor Ort durch französische Offizier:innen statt. Auch die Lebanese Army Military Academy wurde 1921 unter französischem Mandat gegründet. Sie stellt eine der ältesten militärischen Institutionen im Libanon dar. Von 1976 bis 2005 war der Libanon und damit auch die libanesischen Streitkräfte unter militärischer Besatzung Syriens.

Die USA beraten und unterstützen die libanesischen Streitkräfte außerdem bei Militäroperationen. Im Juni 2016 wurde eine umfassende Reform des Sicherheitssektors mit europäischer Unterstützung implementiert, welche die Fähigkeiten der Streitkräfte sowie des Generaldirektorats der Sicherheitskräfte stärken soll. Das Pilotprojekt belief sich auf 30 Monate. Kernziele sind u. a. der Ausbau von Expertise und Training. Dennoch bleiben die Fähigkeiten, insbesondere für extraterritoriale Einsätze, begrenzt.

Die politischen und wirtschaftlichen Folgen der verheerenden Explosion 2020 im Hafen von Beirut verzögerten die Pläne der nationalen Verteidigungsstrategie weiter. Die ökonomische Krise sowie hohe Inflationsraten (mehr hierzu im Kapitel „Wirtschaftliche und technische Kapazität“) haben jüngst dazu geführt, dass die Gehälter von Soldat:innen nicht rechtzeitig gezahlt werden konnten und zunehmend an Wert verlieren. Es besteht daher die Befürchtung, dass von einigen Soldat:innen alternative Einkommen gesucht werden. Im Jahr 2021 stellte die UNIFIL-Mission der LAF daher bereits Nahrung, Kraftstoff und medizinische Güter bereit.

Mit dem Konflikt im Gazastreifen seit Oktober 2023, bei dem sich die iranisch unterstützte Hisbollah an die Seite der Hamas stellte, kam es immer wieder zu Angriffen und Gefechten der Hisbollah auf israelische Soldat:innen und Siedlungen und israelische Angriffe auf Stellungen der Hisbollah (Stand Juli 2024; siehe auch „Kommentar zu paramilitärische Einheiten“ und „Politische Situation in der Region“).

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	334	
Aufklärer	55	
Schützenpanzer	56	
Bergepanzer	3	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	1378	
Artillerie	718	Davon 390 Mörser
Panzerabwehr	148	Zusätzlich u. a. MILAN Panzerabwehr- raketen
Drohnen	8	Mohajer 4
Luftabwehr	77	Zusätzlich einige Strela-2M Luft-Bo- den-Raketen
Minenabwehr	Einige	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Lange galt das Equipment der Streitkräfte als veraltet, konnte jedoch mit westlicher Unterstützung modernisiert und aufgestockt werden (siehe Kommentar zu den Waffenkäufen). Derzeit ist das Heer u. a. im Besitz zahlreicher Hauptkampfpanzer und Schützenpanzer sowie gepanzelter Mannschaftstransportwagen, einiger MILAN Panzerabwehrraketen und mehrerer Drohnen des Typs Mohajer 4. Frankreich hat Ende 2023 angekündigt 25 gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs VAB-VTT zu liefern. Dennoch fallen die Streitkräfte hinsichtlich Ausrüstung und Bewaffnung deutlich hinter die Hisbollah-Miliz zurück.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	16	
Amphibienfahrzeuge	2	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die libanesische Marine ist unter anderem für die Kontrolle der 225 Kilometer langen Küstenlinie zuständig und führt zudem regelmäßig Anti-Schmuggel-Patrouillen sowie Anti-Piraterie-Missionen durch. Sie ist zwar sehr gut ausgebildet, jedoch klein und nur geringfügig ausgestattet. Seit Beginn der UN-Mission stellt die deutsche Bundeswehr der libanesischen Marine daher regelmäßig Schiffe zur Verfügung: In den Jahren 2007 und 2008 erhielt die Marine zwei deutsche Patrouillenboote vom Typ Bremen-2 und Totenburg. Zudem unterstützen deutsche Bundeswehrsoldat:innen die libanesische Marine bei der Küstenüberwachung sowie bei der Kanalisierung und Überwachung des Schiffsverkehrs vor den Haupthäfen. Das entsprechende Mandat zur Unterstützung der UNIFIL gilt derzeit noch bis Juni 2024 und umfasst 300 Soldat:innen.

Nachdem im Sommer 2006 das gesamte libanesische Küsten-Radar-System durch israelische Anschläge zerstört worden war, unterstützte Deutschland die Rekonstruktion des Netzwerkes und stellte Siemens-Software zur Verfügung. Darüber hinaus statteten die Vereinigten Arabischen Emirate die libanesische Marine ebenfalls 2007 mit zehn kleinen Schnellbooten für die Küstenüberwachung aus. Wenn der Libanon jedoch auch nach Beendigung der UNIFIL-Mission dauerhaft die Küstenüberwachung gewährleisten will, dürfte eine weitere Aufrüstung der Marine notwendig sein. Des Weiteren bildet die deutsche Marine seit 2011 in jedem Kadettenjahrgang zwei libanesische Offiziersanwärter:innen aus. Ausbildungsstandort ist die Marineschule Mürwik bei Flensburg. Auch der Wiederaufbau des bei der Hafensexpllosion beschädigten Marinestützpunktes wird von Deutschland mitfinanziert und durch die USA unterstützt. Die Wiederaufbaumaßnahmen wurden 2024 begonnen.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	3	Alle kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	9	Davon 6 kampffähig
Transporthubschrauber	41	Weitere 18 Transporthubschrauber nicht einsatzfähig
Mehrzweckhubschrauber	14	Weitere 11 Mehrzweckhubschrauber nicht einsatzfähig

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die libanesische Luftwaffe wurde 1949 gegründet und kam insbesondere im Jahr 2007 während der Kämpfe bei Nah el-Bared im Nordlibanon gegen die Terror-Organisation Fatah el-Islam zum Einsatz.

Ähnlich wie auch Heer und Marine ist die Luftwaffe abhängig von externen Lieferungen, insbesondere durch die USA. Mit lediglich neun kampffähigen Flugzeugen ist die libanesische

Luftwaffe sehr schwach ausgestattet, insbesondere im Vergleich zu den Nachbarstaaten Israel und Syrien.

Box 2

Paramilitärische Einheiten

Zentrale Sicherheitskräfte:

60 gepanzerte Mannschaftstransporter

Zoll:

7 Patrouillenboote

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die libanesische Hisbollah wurde ursprünglich zu Zeiten des Libanonkrieges zwischen 1982 und 1985 unter anderem als paramilitärische Widerstandsgruppe gegen die israelische Besatzung im Land gegründet und ging aus verschiedenen schiitischen Gruppen hervor, die vom Iran unterstützt wurden. Nach dem Verschwinden des schiitischen Gelehrten Musa al-Sadr, der die Partei AMAL entweder führte oder ihr zumindest sehr nahestand, kam es zu Nachfolgestreitigkeiten und Debatten, ob die tendenziell eher säkular ausgerichtete AMAL religiöser ausgerichtet werden sollte. Die hieraus abgespaltene Hisbollah setzte somit ein wesentlich religiöseres Programm, allerdings auch einige extensive Sozialprogramme durch, welche von staatlicher Seite so nicht geboten werden konnten. Die Hisbollah verfolgte somit auch den Anspruch, die Situation der stark benachteiligten Schiit:innen zu verbessern und stellt somit eine tief verwurzelte lokale Bewegung dar.

Führend für die Organisation ist seit 1992 der schiitische Geistliche Hassan Nasrallah. Das ursprüngliche Ziel der Hisbollah war die Errichtung eines islamischen Staats im Libanon nach iranischem Vorbild – ein Ziel, das inzwischen revidiert wurde. Die Hisbollah ist stark antizionistisch geprägt und spricht dem jüdischen Staat Israel bis heute das Existenzrecht ab. Einer UN-Resolution aus dem Jahr 2004, der zufolge die Hisbollah ihre Waffen abgeben sollte, wurde nie Folge geleistet. Von Israel, den USA, dem Vereinigten Königreich und Kanada sowie seit 2019 auch von Deutschland wird sie als Terrororganisation eingestuft. Die Hisbollah kämpft seit 2013 an der Seite der Assad-Truppen und mit iranischer Unterstützung in Syrien. Sowohl die Hisbollah als auch das Assad-Regime werden durch den Iran unterstützt – und sind somit Mitglieder einer Allianz. Mit dem Erhalt des Assad-Regimes werden ein wichtiger Verbündeter im Nachbarland sowie hierdurch garantierte Versorgungsrouten zum Iran erhalten. Für den Fall, dass das alawitische Baath-Regime stürzt, soll ein Gebiet innerhalb Syriens bestehen bleiben, dessen Führung der Hisbollah und dem Iran gegenüber freundlich gesinnt ist. Darüber hinaus legitimiert Nasrallah die Kampfteilnahme in Syrien offiziell mit dem Verweis auf die Pflicht, Libanons Grenzen zu sichern, das Land vor radikal-sunnitischen Gruppen zu schützen, sowie schiitische Pilgerstätten in Syrien zu schützen. Gegner:innen der Hisbollah innerhalb des Libanon werfen der Miliz hingegen vor, den Krieg in Syrien auf libanesisches Territorium zu ziehen und die Belastbarkeit Hisbollahs durch das Entsenden von Kämpfer:innen nach Syrien überzustrapazieren. Tatsächlich kam es im Libanon regelmäßig zu

gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Gegner:innen und Unterstützer:innen des Assad-Regimes und affilierter libanesischer Bevölkerungsteile. Auch im Jemen-Krieg sind mittlerweile nachweislich libanesische Waffen und Ausbilder:innen der Hisbollah an der Seite der schiitischen Huthi-Rebell:innen im Einsatz.

Mit der jüngsten Eskalation zwischen Israel und der Hamas seit dem 07. Oktober 2023 kommt es auch immer wieder zu Gefechten zwischen der aus dem Libanon operierenden Hisbollah und den israelischen Streitkräften. So wurden im Juni 2024 allein über 200 Raketen von der Hisbollah auf israelisches Gebiet abgeschossen. Die israelischen Streitkräfte reagierten immer wieder mit gezielten Tötungen und Luftabgriffen. Aktuell (Stand Anfang Juli 2024) ziehen die israelischen Streitkräfte Truppen an der libanesischen Grenze zusammen. Die Wahrscheinlichkeit für eine weitere Eskalation und eine israelische Intervention scheint derzeit hoch.

Box 3

Peacekeeping

Libanon nimmt an keinen Friedensmissionen teil.

Quelle: IISS Military Balance 2024

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Mit dem Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon im Jahr 2005 begann eine umfassende Neuorientierung und -definition der Rolle der Libanese Armed Forces (LAF). Der anschließende Krieg ab 2006 zwischen der Hisbollah und Israel, die Remilitarisierung der Gesellschaft sowie zunehmende Terrorbedrohungen stellten die LAF vor große Herausforderungen. Gleichzeitig genoss sie als eine der wenigen staatlichen Institutionen im post-syrischen Libanon Rückhalt in der Bevölkerung als vereinende Institution, in der durch zahlreiche Konfessionen und ethnische Gruppierungen fragmentierten libanesischen Gesellschaft. Für viele Libanes:innen stellten die LAF eine Konstante in unruhigen Zeiten sowie inneren und äußeren Konflikten dar. Die Streitkräfte präsentieren sich mit dem Anspruch, möglichst repräsentativ für die libanesischen Gesellschaft zu sein und sich von religiös-politischen Konflikten abzugrenzen. Mit dem Versuch, die Interessen aller Gruppen im multikonfessionellen Libanon zu berücksichtigen, kommt dem libanesischen Militär eine schwierige Aufgabe zu. Tausende Fälle von „Verschwindenlassen“ durch die libanesischen Streitkräfte während des Bürgerkriegs (1975 – 1990) sind bis heute allerdings Großteiles ungeklärt. Laut Daten des [Arab Barometers](#) (2022) ist das Vertrauen in die LAF aktuell ausgesprochen hoch: rund 30 % der Befragten geben an, ein mittleres Vertrauen in die Streitkräfte zu haben, rund 58 % geben sogar an, sehr viel Vertrauen zu haben.

Ein faktisches Monopol auf die Verteidigung des Landes können die staatlichen Streitkräfte jedoch nicht beanspruchen – die Hisbollah verfügt über eine bessere Ausstattung und mehr Kampferfahrung. Die Miliz gründete sich ursprünglich in den 1980er Jahren unter anderem zur Verteidigung des Landes gegen Israel und wird daher durch den Iran massiv mit Waffen beliefert. Seit längerem trägt sie aber auch zur Militarisierung innerlibanesischer

Konflikte bei, etwa im Mai 2008, als die Hisbollah Teile Beiruts besetzte, nachdem die damalige Regierung ihre Kommunikationsnetzwerke für illegal erklärt hatte. Es kam zu Unruhen, bei denen 67 Menschen starben. Die Streitkräfte gelten als zu schwach, um sich dauerhaft gegen die Hisbollah durchzusetzen, denn die Hisbollah, die zwar innenpolitisch stark umstritten ist, gilt als die einzige bewaffnete Gruppe, welche den Libanon gegen eine mögliche Invasion von außen schützen kann. Zur langfristigen Stabilisierung und politischen Konsolidierung des Landes wäre deshalb die Einbindung der Hisbollah notwendig. Allerdings wird das Engagement der Miliz in Syrien und weiteren Konflikten von vielen gesellschaftlichen Akteur:innen kritisiert und seine Beendigung zur Voraussetzung hierfür gemacht.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,9	1,8	1,3	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Neben dem Militär und der Hisbollah existieren im Libanon Interne Polizei- und Sicherheitskräfte (Internal Security Forces, ISF), deren Befugnisse sich über das gesamte Staatsgebiet erstrecken. Die Aufgaben der ISF teilen sich in drei große Bereiche auf: Administration, Rechtsschutz und sonstige Unterstützung. Die übergeordneten Aufgaben sind dabei die Wahrung der internen Sicherheit und Stabilität, die Terrorbekämpfung, insbesondere in Grenzgebieten zu Syrien, und der Schutz der eigenen Bevölkerung. Insbesondere durch die zunehmende Bedrohung durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) an der Grenze zu Syrien sowie terroristische Bedrohungen im Inland kommt den Sicherheitskräften eine wichtige Aufgabe beim Bevölkerungsschutz zu. Zu den ISF zählen unter anderem lokale Polizeikräfte, die Rechts- sowie die Beiruter Polizei. Seit 2006 wurden die Einheiten stark vergrößert und besser ausgestattet, da ähnlich wie bei den Streitkräften erhebliche Mängel bezüglich der Ausrüstung und Fähigkeiten der ISF bestanden. In diesem Zuge wurden u. a. Investigativteams zur Verbrechensaufklärung gebildet, moderne Trainingscenter gebaut und die Sicherheitskräfte unter Mithilfe der USA grundlegend neu strukturiert und organisiert (Lebanon Police Program 2008 – 2012). Die Reform zielte auf eine bürgernahe Polizeiarbeit ("community policing").

Im Juni 2015 gerieten die ISF öffentlich in Kritik, als Videos erschienen, die Folter im Roumieh Gefängnis in Nordbeirut durch ISF-Mitglieder zeigten. Der damalige Innenminister Nouhad Machnouk bestätigte die Authentizität der Videos; ISF-Mitglieder wurden vor Gericht gestellt. 2018 wurde ein weiterer Fall von Menschenrechtsverletzungen durch ISF-Mitglieder publik. Laut Human Rights Watch (HRW) haben ISF-Mitglieder Ende 2018 Hassan al-Dika verhaftet, der später von Folter und Misshandlung in Polizeigewahrsam berichtete. Im

selben Jahr verwies Human Rights Watch auf den Fall von Ziad Itani, der eigenen Aussagen zufolge von libanesischen Sicherheitskräften entführt und gefoltert wurde. HRW kritisiert, neben den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen durch ISF-Angehörige, vor allem auch, dass Untersuchungen in derartigen Fällen nicht oder nur mangelhaft erfolgen würden.

2016 versprach das Vereinigte Königreich, die ISF mit rund 13 Millionen Pfund zu unterstützen. Mit diesem Geld sollen vor allem die lokalen Polizeikräfte modernisiert und professionalisiert werden; geplant sind u. a. der Bau neuer Polizeistationen sowie die Unterstützung der Polizeiakademie. 2007 hatten die USA die ISF bereits mit 60 Millionen US-Dollar, sowie 2016 mit 49 Fahrzeugen gefördert, um insbesondere die Einheiten an der syrischen Grenze besser auszubilden und auszustatten.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Möglicherweise kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Nicht beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Obwohl der Libanon einigen zentralen Abrüstungsverträgen beigetreten ist, steht die Ratifizierung verschiedener Verträge noch aus. Dabei handelt es sich um den Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972 und die Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978. Die Anti-Personenminen-Konvention von 1999 wurde bisher nicht unterzeichnet.

Wichtig war insbesondere die Unterzeichnung des Übereinkommens über Streumunition von 2010. Bis Ende 2014 konnten rund 27 Hektar im Norden des Libanon von Anti-Personenminen befreit werden, dennoch sollen weiterhin etwa 16,91 Quadratkilometer durch Anti-Personenminen und 5,23 Quadratkilometer durch Streubomben kontaminiert sein (Stand: [2023](#)). Bis Mai 2026 sollen aber zumindest die mit Bomblets (nicht detonierte Überbleibsel von Streubomben) vollständig geräumt werden und die mit Anti-Personenminen verseuchten Gebiete bis 2030. Zudem zählt der Libanon weiterhin zu den Staaten, die Anti-Personenminen in ihren Beständen halten sollen.

Es sind seit 2006 Waffenembargos durch die UN sowie die EU gegen alle nicht-staatlichen Akteure im Libanon verhängt. Lieferungen von Waffen, Munition oder entsprechende Ausbildungs- und Wartungsarbeiten an Akteure, die nicht den staatlichen Streit- oder Sicherheitskräften oder der UN-Mission UNIFIL angehören, sind demnach nicht genehmigt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Unterschrieben, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Box 4

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in Lebanon during the year.

Siehe Report 2022:

Lebanon is a parliamentary republic based on the 1943 National Pact, which apportions governmental authority among a Maronite Christian president, a Shia speaker of the Chamber of Deputies (parliament), and a Sunni prime minister. The law officially recognizes 18 religious sects or confessions. Parliament elected Michel Aoun to the presidency in 2016; his term expired on October 31 and no successor had been chosen by December. On May 15, the government conducted parliamentary elections that international observers considered free and fair. Following the election of the new parliament, the cabinet of Prime Minister Najib Mikati went into caretaker status. The Internal Security Forces, under the Ministry of Interior, has responsibility for law enforcement. The Directorate of General Security, also under the Ministry of Interior, has responsibility for border control but exercises some domestic security responsibilities as

well. The Lebanese Armed Forces, under the Ministry of Defense, has responsibility for external security but is authorized to arrest and detain suspects on national security grounds. In recent years, the Lebanese Armed Forces also arrested alleged drug traffickers, managed protests, enforced building codes related to refugee shelters, and intervened to quell violence between rival political factions. The General Directorate of State Security, reporting to the prime minister through the Higher Defense Council, has responsibility for investigating espionage and other national security matters. The Parliamentary Police Force reports to the speaker of parliament and has responsibility for protecting parliament premises and the speaker's residence. Both the Internal Security Forces and the Lebanese Armed Forces provide units to the Parliamentary Police Force. Civilian authorities maintained control over the government's armed forces and other security forces, although U.S.-designated terrorist organization Hizballah, Palestinian militias, and other violent extremist organizations operated outside the direction or control of government officials. Members of government security forces and nonstate armed groups committed some abuses. Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killing; torture; arbitrary arrests and detentions; serious problems with the independence of the judiciary; serious restrictions on freedom of expression, including violence, threats of violence or unjustified arrests or prosecutions against journalists, censorship, and enforcement of or threat to enforce criminal libel laws to limit expression; serious restrictions on internet freedom; threats of refoulement of refugees to a country where they could face torture or persecution; serious high-level and widespread official corruption; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; existence and enforcement of laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct between adults; and existence of the worst forms of child labor. The country suffered from endemic corruption. Although the law provides for prosecution and punishment of officials who committed human rights abuses or engaged in corruption, enforcement remained a significant problem, with perpetrators benefiting from widespread impunity for human rights abuses, including evading or interfering in judicial processes. Nonstate armed groups, including Hizballah and Palestinian militias, operated with relative impunity, using intimidation, harassment, and occasionally violence against perceived critics and opponents. Armed members of these forces controlled access to certain neighborhoods, camps, and other areas where they effectively operated outside the reach and authority of the government. These organizations allegedly also operated unofficial detention facilities in which they unlawfully detained individuals, sometimes incommunicado, for indefinite periods of time.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/libanon/>

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023

Cross-border hostilities between the Lebanon-based armed group Hizbullah and Israeli forces escalated following attacks by Palestinian armed groups in Gaza on southern Israel on 7 October. During the ongoing economic crisis, the Lebanese government failed to adequately protect people's rights to health, social security and housing, which had particularly devastating impacts on marginalized groups. Impunity remained widespread, including for those responsible for the fatal 2020 Beirut port explosion. The authorities escalated the use of criminal defamation and insult laws to stifle freedom of expression and retaliate against critics, particularly targeting journalists, trade unionists and activists. Authorities systematically

attacked the rights of LGBTI people. Some authorities stoked hostility towards refugees. Cross-border hostilities between the Lebanon-based armed group Hizbullah and Israeli forces escalated following attacks by Palestinian armed groups in Gaza on southern Israel on 7 October. During the ongoing economic crisis, the Lebanese government failed to adequately protect people's rights to health, social security and housing, which had particularly devastating impacts on marginalized groups. Impunity remained widespread, including for those responsible for the fatal 2020 Beirut port explosion. The authorities escalated the use of criminal defamation and insult laws to stifle freedom of expression and retaliate against critics, particularly targeting journalists, trade unionists and activists. Authorities systematically attacked the rights of LGBTI people. Some authorities stoked hostility towards refugees.

Quelle: Amnesty International Report April 2024
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/>

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024

Bewertung für Libanon auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 29/60

Politische Rechte: 13/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (42/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024

Lebanon's political system ensures representation for its officially recognized religious communities, but limits competition and impedes the rise of cross-communal or civic parties. While residents enjoy some civil liberties and media pluralism, they also suffer from pervasive corruption and major weaknesses in the rule of law. Hezbollah, a Shiite political and militant group, maintains significant influence in the country. The country's large population of noncitizens, including refugees and migrant workers, remain subject to legal constraints and societal attitudes that severely restrict their access to employment, freedom of movement, and other fundamental rights.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/lebanon/freedom-world/2024>

Kommentar

Der Libanon ist, mit Ausnahme des Fakultativprotokolls zum CEDAW, allen wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten wurde bisher jedoch noch nicht ratifiziert, wobei bereits 2002 eine Unterschrift geleistet wurde.

Im regionalen Vergleich ist das Land größtenteils demokratisch und rechtsstaatlich organisiert; weder Presse- noch Meinungsfreiheit werden eingeschränkt. Nichtsdestotrotz werden Journalist:innen, Medienschaffende und Aktivist:innen zunehmend u. a. durch

Verleumdungsklagen eingeschränkt oder juristisch verfolgt, wenn diese die Politik der Regierung oder Korruption kritisieren. Die großen Medienhäuser sind in Hand weniger Unternehmerfamilien und gelten als hoch politisiert und polarisiert. Libanon machte hier in den vergangenen Jahren daher Rückschritte, sodass das Land im Pressefreiheits-Ranking von Reporter ohne Grenzen im Jahr [2024](#) nur noch auf Platz 140 von 180 liegt – in den Jahren zuvor lag Libanon meist noch rund um den 100. Platz.

Fälle von unfairen Gerichtsverfahren durch Militärgerichte, etwa gegenüber wegen Spionage angeklagten Zivilist:innen, schränkten die Rechtsstaatlichkeit in der Vergangenheit zudem oftmals ein. Die Militärgerichte nutzen die weit gefasste Rechtsprechung, um jeglichen friedlichen Dissens oder Kritik an den Sicherheitskräften zu unterdrücken oder bestrafen.

Auch zu Verletzungen der Menschenrechte kommt es in libanesischen Gefängnissen, deren Haftbedingungen nicht den internationalen Maßstäben entsprechen. Die palästinensischen Geflüchteten, welche teilweise schon seit 1948 im Land leben, genießen wie andere Minderheiten weiterhin nicht dieselben Rechte wie Libanes:innen, etwa in Hinblick auf ihr Recht, zu arbeiten. Auch die Situation syrischer Geflüchteter im Libanon ist weiterhin prekär und wird von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen kritisiert. So wird unter anderem angeprangert, dass rund 500.000 syrische Kinder im Libanon keine Schulbildung erhalten. Der Libanon hat die Genfer Flüchtlingskonvention bisher auch nicht unterzeichnet.

Auch Frauen werden noch immer nicht die gleichen Rechte zugestanden wie Männern. So warf Human Rights Watch bereits 2015 den für Familienfragen (u. a. Scheidung- und Sorgerechtsangelegenheiten) zuständigen religiösen Gerichten im Libanon die Diskriminierung von Frauen vor. Diese Form der Diskriminierung wird auch im Jahresbericht von Amnesty International 2021/22 angeprangert. Aktuell plädiert Human Rights Watch für eine stärkere Implementierung des libanesischen Gesetzes zu Familiengewalt, da die Zahl an Femiziden und Fällen häuslicher Gewalt steigt. Personen der LGBTQIA+ Community sehen sich im Libanon systemischer Diskriminierung ausgesetzt. So erleben bspw. trans Frauen Gewalt und Diskriminierung, etwa hinsichtlich der Gesundheitsversorgung oder in Hinblick auf die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses. Libanesische Behörden schalten sich außerdem regelmäßig bei Menschenrechtsveranstaltungen mit Bezug zu Gender und Sexualität ein. Im Juni 2022 haben sie bspw. unrechtmäßig friedliche Versammlungen von LGBTQIA+ Personen verboten.

Amnesty International kritisierte zudem im Jahresbericht 2015/16 Gewaltanwendung durch die libanesischen Sicherheitskräfte. Diese gingen unter anderem im August 2015 massiv gegen Demonstrierende vor; rund 300 Menschen wurden verletzt. Auch Human Rights Watch dokumentiert regelmäßig Menschenrechtsverstöße von Mitgliedern der libanesischen Sicherheitskräfte. Im [Report 2023](#) verweist Human Rights Watch darauf, dass, auch wenn 2017 ein Anti-Folter-Gesetz vom Parlament beschlossen wurde, Folter durch Sicherheitskräfte fortbesteht und zumeist straffrei bleibt.

Im Libanon gilt weiterhin die Todesstrafe. Todesurteile werden zwar weiterhin verhängt ([2023](#) beispielsweise mindestens 11 Stück), derzeit aber nicht umgesetzt. Die letzten Vollstreckungen wurden im Jahr 2004 vollzogen.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Lebanon's current democratic and economic transformation trajectories have been shaped by the October 17, 2019 uprising and ongoing economic deterioration in the country. The conjunction of both makes it certain that transformation – if indeed one does occur – will not happen easily or painlessly. The persistence of the republic's political elites in stalling and outright refusing to reform their politics and economics to ensure increased social and economic justice for Lebanese people indicates the status quo regime's strength and level of cooperation. The situation reveals the weakness of social trust in Lebanon. Alternative visions and models for the future struggle to acquire and maintain momentum and support sufficient to generate alternate loci for political power.

During the period from 2021 to 2023, Michel Aoun left the presidential palace in Baabda after a tumultuous six years that resulted in a sharp deterioration of conditions in the country. His tenure was permanently marked by increasingly tense relations among the primary political factions, most notably and perhaps most dangerously by politicizing the investigation of the August 4, 2020 Beirut Port explosion. The clashes in Tayyouneh in September 2021 serve as an illustration of how quickly tensions escalated due to the stalled investigation. In early 2023, the presiding judge, Tareq Bitar, announced that he would re-initiate his investigations. Complicating matters further, the republic appears destined to endure another long presidential vacuum as no clear candidate with parliamentary approval has emerged.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/LBN>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte der Libanon 24 Punkte (2022: 24 Punkte). Damit erzielt er genauso viele Punkte wie Bangladesch, die Zentralafrikanische Republik, der Iran, und Zimbabwe. Deutschland erzielte 78 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2023/index/lbn>

Spannungen und innere Konflikte

2005 war ein einschneidendes Jahr für den Libanon – seither kommt es zu wiederholten Regierungskrisen und Phasen des politischen Stillstandes. Die Regierung wurde in den vergangenen Jahren immer wieder aufgelöst. Auslöser war damals das tödliche Attentat auf Rafiq al-Hariri, den ehemaligen Premierminister des Landes, bei dem 22 Menschen getötet wurden. Infolgedessen kam es zu massiven Protesten im Land, die unter anderem den Abzug der im Land stationierten syrischen Soldat:innen sowie Neuwahlen bewirkten. Weiterhin wurde 2007 durch die UN-Resolution 1757 ein unabhängiges Sondertribunal errichtet (eröffnet in 2009), um unter anderem diejenigen vor Gericht zu stellen, die das Attentat auf al-Hariri zu verantworten hatten. Stand anfangs vor allem das syrische Regime unter Verdacht, das Attentat geplant zu haben, mehrten sich im Laufe der Jahre die Hinweise auf eine Verwicklung der Hisbollah. Mittlerweile sind fünf Hisbollah-Mitglieder angeklagt. Hassan Nasrallah, ehemaliger Chef der Hisbollah-Miliz (bis September 2024), bezeichnete den Anschlag sowie

seine Aufarbeitung jedoch als israelisches Komplott und lehnt jede Zusammenarbeit vor Gericht ab. Im Jahr 2020 wurde das erste angeklagte Mitglied (Salim Jamil Ayyash) von dem Tribunal verurteilt. Eine ursprüngliche Freisprechung von Hassan Habib Merhi und Hussein Hassan Oneissi wurden 2022 aufgehoben und beide für schuldig besprochen – im Dezember [2023](#) sollen beide aber noch flüchtig gewesen sein.

Seit 2005 ist das Land in zwei Bewegungen gespalten: Die Allianz des 8. März sowie die Allianz des 14. März (benannt nach einer Großdemonstration in Befürwortung der syrischen Präsenz im Libanon am 8. März 2005 sowie einer Großdemonstration gegen die syrischen Truppen am 14. März 2005). Die wichtigsten Mitglieder des 8. März sind die Hisbollah und die Amal Partei. Der 14. März wird vor allem durch die Zukunftsbewegung unter al-Hariris Sohn Saad al-Hariri angeführt. Die Allianzen unterscheiden sich zum einen durch ihre unterschiedliche Bewertung des UN-initiierten Sondertribunals für den Libanon. Zum anderen haben sie verschiedene regionale Verbündete. Saudi-Arabien unterstützt den 14. März, der Iran den 8. März. Auch der Status der Hisbollah als bewaffneter Akteur stellt einen wesentlichen Konfliktfaktor seit 2005 dar; die Allianz des 14. März fordert die Umsetzung des Gewaltmonopols des Staates und die Entwaffnung der Hisbollah. Seit 2011 wurden diese innenpolitischen Konflikte durch den Syrienkrieg und die zunehmende Gewalt durch radikale Gruppierungen verschärft.

Angesichts dieser Konflikte und politischen Instabilitäten zeigt sich, dass das politische System des Libanons ein grundlegendes Problem darstellt. Es ist von einer konkordanzdemokratischen Verfassung geprägt, die eine Verteilung der politischen Macht nach konfessionellen Gesichtspunkten vorsieht. Diese Konkordanzdemokratie ist auf den Konsens der religiös-heterogenen Gesellschaft ausgerichtet. Allerdings werden diese Prinzipien, die einst dazu dienten, die tief gesplante Gesellschaft im Anschluss an den Bürgerkrieg zu befrieden und die Demokratie zu fördern, inzwischen durch den Einfluss Saudi-Arabiens und Irans sowie die korrupten politischen Eliten mit ihren widerstreitenden Interessen untergraben. Weder wird der konfessionelle Verteilungsschlüssel des Systems regelmäßig an die demografischen Verhältnisse angepasst, noch wird die Konfessionslosigkeit oder der säkulare Charakter der Politik gefördert. Die Politik des Landes steht unter dem regelmäßigen Einfluss der Konflikte zwischen den genannten Lagern und der hierdurch entfalteten politischen Blockaden. Zwischen 2009 und 2018 wurde kein Parlament gewählt. Nach 2014 war das Amt des:der Staatspräsident:in lange vakant, weil sich die Parteien auf keine:n Amtsträger:in einigen konnten, was das Machtvakuum im Land vergrößerte. Zwar gelang es anschließend, in einem fast elfmonatigen Prozess eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, die sowohl Vertreter:innen der schiitischen Hisbollah als auch sunnitische Kräfte miteinschließt. Auch wurde im Oktober 2016 mit Michel Aoun wieder ein Präsident gewählt, nachdem der Libanon zuvor 29 Monate ohne Staatsoberhaupt war. Doch der Konflikt im benachbarten Syrien schwächt die Regierung und reißt alte Gräben zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen wieder auf (mehr dazu im Kapitel [Politische Situation in der Region](#)). Nach den Wahlen 2022, in Folge auf das Ende der Amtszeit von Aoun, befindet sich der Libanon aktuell politisch wieder in einer Krise, da bisher kein neuer Präsident bestimmt werden konnte. So kam es bis Juni 2023 zu zwölf gescheiterten Versuchen. Konfessionelle Grabenkämpfe tun sich zwischen der schiitischen Hisbollah und christlichen Gruppen auf; das Parlament ist fragmentiert.

Nicht nur die gesellschaftliche Aufarbeitung der Bürgerkriegsvergangenheit, sondern auch die Wirtschaft leidet unter den starken politischen Spannungen. So wird die Regierung

kritisiert, die Infrastruktur des Landes zu vernachlässigen. Es kommt regelmäßig zu Stromausfällen. Bei der Müllkrise im Sommer 2015 wurde die wichtigste Deponie des Landes geschlossen, woraufhin der Abfall wochenlang auf den Straßen liegen blieb.

Aus dieser Misswirtschaft heraus – neben der enormen Staatsverschuldung stellen Stromknappheit sowie die Müll- und Umweltkrise weiterhin erhebliche Probleme dar – resultierten 2019 in landesweiten Protesten, die sich auch gegen die Korruption der politischen Elite richteten. Eine Folge war der Rücktritt des Ministerpräsidenten Saad Hariri im Oktober 2019. In der Hauptstadt Beirut kam es bei Protesten mehrfach zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und den Sicherheitskräften, wobei mehrere Menschen verletzt wurden. Auch 2020 setzten sich die gesellschaftlichen Proteste gegen die Regierung weiter fort, nachdem es am 4. August 2020 im Hafen von Beirut zu einer Explosion gekommen war. Bei der Explosion wurden mindestens 220 Menschen getötet und mehr als 7.000 verletzt. Als Auslöser gelten ungesichert gelagerte Nitratvorräte; für viele Libanes:innen ein erneutes Zeichen von Misswirtschaft, Korruption und fehlendem Verantwortungsbewusstsein der Regierung und Verwaltung. Erneut zeigte sich die Regierung unfähig, die Krise zu bewältigen. Nach landesweiten Protesten trat am 10. August die nächste Regierung zurück. Politische Streitigkeiten über eine Untersuchung zu der Explosion im Beiruter Hafen spitzten sich im Oktober 2021 zudem zu, als Scharfschützen auf Protestierende schossen und bei hieraus resultierenden Straßenschlachten mehrere Menschen getötet wurden. Die Ausschreitungen gelten als die schlimmsten seit mehr als 10 Jahren. Das generelle Staatsversagen führte im Zuge der Corona-Pandemie zudem zu akuten Engpässen bei Medikamenten und Treibstoffen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Der Libanon liegt in Vorderasien am östlichen Mittelmeer und grenzt im Süden an Israel sowie im Norden und Osten an Syrien. Im Westen des Landes erstreckt sich die 225 Kilometer lange Küstenlinie. Nahe der libanesischen Küste liegt die Insel Zypern. Mit seiner direkten Nähe zu Syrien und Israel sowie mittelbar auch zu Ägypten und der Türkei liegt der Libanon in einer politisch sehr angespannten Region, die von zahlreichen Kriegen, Konflikten und Bürgerkriegen beherrscht wird.

Politische Situation in der Region

Syrien

Insbesondere der Krieg in Syrien verschärfte die Sicherheitslage im Land und stellte ihn vor die härteste Zerreißprobe seit dem Ende des Bürgerkrieges 1990. Was als Protest gegen die Inhaftierung bzw. das Verschwinden von 15 Minderjährigen aufgrund regimekritischer Graffiti im März 2011 in der syrischen Stadt Daraa begann, ist nicht nur zu einem Bürger-, sondern zu einem regelrechten Stellvertreterkrieg eskaliert, dessen Auswirkungen weit über die Grenzen zu spüren sind. Auf der einen Seite kämpfen Regierungstruppen und affiliierte Milizen unter der Führung von Staatspräsident al-Assad, auf der anderen Seite eine Vielzahl oppositioneller Gruppen mit verschiedenen Zielen. Ursprünglich wandte sich die Protestbewegung gegen die über 40 Jahre währende Diktatur im Land und forderte demokratische Reformen. Beide Seiten werden von anderen Staaten oder Gruppen aus dem Ausland massiv unterstützt. Das Oppositionsbündnis *Higher Negotiations Committee* fordert den sofortigen

Rücktritt des Präsidenten al-Assad, während das Regime die Oppositionellen weiterhin als bewaffnete Terrorist:innen bezeichnet, die keinerlei Legitimität besäßen, und Aufrufe zu Reform ablehnt. Inzwischen sind in diesem Krieg mehr als 500.000 – 600.000 Menschen, darunter circa 55.000 Kinder, gestorben. [OCHRH](#) schätzt die Zahl der getöteten Zivilist:innen im Mai 2023 auf 307.000. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen [UNHCR](#) geht 2023 davon aus, dass noch immer rund 5,1 Millionen Geflüchtete in Nachbarstaaten (inkl. der Türkei) wie unter anderem dem Libanon leben; rund 7,2 Millionen sind zudem innerhalb Syriens vertrieben. Mit über 12 Millionen Menschen wurde also mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung von ihrem Wohnort vertrieben (zu Beginn des Krieges lebten in Syrien 21,3 Mio. Menschen). Derzeit (Stand Februar [2024](#)) kontrolliert das Assad-Regime wieder rund 70 Prozent des Territoriums Syriens, weitere Teile werden nach wie vor von islamistischen militanten Gruppen (insb. Hay'at Tahrir al-Sham im Nordwesten) sowie primär kurdischen Kräften (SDF im Nordosten des Landes) kontrolliert.

Im Libanon hat die sunnitische, von der saudisch-libanesischen Hariri-Familie geführte Zukunftsbewegung Partei für Teile der Opposition ergriffen und sich um deren Rekrutierung im Libanon sowie Beschaffung der Ausrüstung bemüht. Demgegenüber kämpfte die schiitische Hisbollah seit Herbst 2012 verdeckt und seit Mai 2013 offen auf Seiten des syrischen Regimes. Dabei kooperiert die Miliz eng mit den iranischen Revolutionsgarden. Der Krieg in Syrien, der auch als Stellvertreterkrieg zwischen den beiden Regionalmächten Iran und Saudi-Arabien gilt, spaltet zunehmend auch die libanesischen Sunnit:innen und Schiit:innen. Seit 2013 hatte sich die Lage im Libanon massiv verschlechtert, es kam insbesondere in den Jahren Jahr 2014 und 2015 regelmäßig zu Anschlägen und Konfrontationen zwischen gewaltbereiten Akteuren. Darüber hinaus sind Millionen Syrer:innen in den Libanon geflüchtet, was für das ohnehin chronisch unterfinanzierte Sozialsystem des Landes eine große Belastung darstellt, da hierdurch die Bevölkerung im Land von ca. vier auf über fünf Mio. Menschen anstieg.

Israel – Palästina

Ein weiterer Krieg in der Region ist der anhaltende israelisch-palästinensische Konflikt, der im Oktober 2023 erneut eskalierte und sich zudem erneut auf den Libanon ausweitete. Es geht dabei um territoriale Ansprüche auf das Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer, die von beiden Seiten erhoben werden. Immer wieder kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die islamistische Hamas im Gazastreifen feuert immer wieder Raketen auf Israel ab, dessen Existenzrecht sie nicht anerkennt. Israel greift in Reaktion darauf palästinensische Gebiete an.

Bereits 1982 weitete sich der Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser:innen auf den Libanon aus. Die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO hatte vom Südlibanon aus Angriffe gegen Israel unternommen. Als Reaktion auf die Angriffe der PLO marschierte die israelische Armee in den Libanon ein. Nur durch Vermittlung der USA, die den Abzug der PLO aus dem Libanon und den Rückzug Israels zur Folge hatte, konnte der Krieg zwischen beiden Ländern beendet werden.

Jüngst sind die Spannungen im Israel-Palästina-Konflikt erneut eskaliert. Grund dafür ist der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, bei dem, nach Angaben von Human Rights Watch (2024) bzw. Agence France-Press, Anhänger der Hamas 1.195 Personen töteten (davon 815 Zivilist:innen inklusive 36 Kinder) sowie 251 Zivilist:innen in den Gazastreifen entführten. Zudem verletzten sie mehr als 5000 Menschen teils schwer. Israel reagierte

darauf zunächst mit einer Offensive im Gazastreifen. Von den 2,1 Mio. Menschen, die im Gazastreifen leben, sind bereits (Stand: September 2024) nach UNRWA-Schätzungen 1,9 Mio. Menschen binnervertrieben. Schätzungen zu getöteten Palästinenser:innen sind im laufenden Krieg schwierig. Einige Quellen gehen von mehr als 43.000 Getöteten und mehr als 102.000 Verletzten aus,, davon rund 30 Prozent Kinder (Stand: November 2024). Die humanitäre Lage ist nach Einschätzung vieler internationaler Organisationen katastrophal.

Der Konflikt weitet sich auch teilweise auf andere Länder der Region aus, wie etwa Syrien, Irak, Iran oder auch den Libanon. Die libanesische Hisbollah, die zu einem anti-Israelischen Bündnis unter Führung des Irans gehört, kündigte nach der israelischen Offensive in Gaza Unterstützung und die Schaffung einer libanesischen Front an. Immer wieder kam es in Folge zu Angriffen auf israelische Zivilist:innen und Grenzanlagen, die Hisbollah hat seit dem 7. Oktober 2023 mehr als 17.000 Raketen auf Israel abgeschossen. Israelischen Angaben zufolge flüchteten etwa 68.000 Menschen aus dem nördlichen Teil des Landes. Israel reagierte mit Luftangriffen und gezielten Tötungen, etwa des Hisbollah-Anführers Hassan Nasrallah im September 2024. In der Nacht des 30. September 2024 startete Israel eine Bodenoffensive im Südlibanon, nachdem rund zwei Wochen zuvor vermutlich israelische Geheimdienste mehrere Tausend Pager und Walkie-Talkies der Hisbollah zur Explosion gebracht hatten. Im Libanon sollen (Stand: Oktober 2024) seit Oktober 2023 2.200 Menschen getötet und weitere 10.000 verletzt worden sein. Rund 1,2 Millionen Menschen sind nach Angaben der libanesischen Regierung binnervertrieben. Am 26. November 2024 stimmte das israelische Sicherheitskabinett einem Waffenstillstandsabkommen mit der Hisbollah zu.

Grenzkonflikte

Der Libanon befindet sich in einem anhaltenden Grenzkonflikt mit Israel, bei dem es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt. Bei den umkämpften Gebieten handelt es sich um die sogenannten Shebaa-Farmen, die von Israel 1967 im Sechs-Tage-Krieg von Syrien erobert wurden, aber weiter vom Libanon beansprucht werden. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Konflikt die schiitische Hisbollah-Miliz, die seit dem israelischen Rückzug im Jahr 2000 den Süden des Landes kontrolliert und die Angriffe auf Israel so lange fortsetzen will, bis die Shebaa-Farmen offiziell dem Libanon zugesprochen werden. 2006 eskalierten die Spannungen zwischen Israel und dem Libanon im sogenannten israelisch-libanesischen Krieg, der überwiegend zwischen Israel und der Hisbollah ausgetragen wurde.

Ein weiterer Konflikt, ebenfalls mit Israel, bestand um nicht festgelegte Seegrenzen zwischen den libanesischen und den israelischen Hoheitsgewässern. Diese wurden insbesondere durch die Entdeckung natürlicher Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer relevant, um dessen Besitz sich Israel und der Libanon stritten. Beide Konfliktpartner beanspruchten unterschiedlich große Territorien im Mittelmeer für sich, die sich teils überlappen. Im Jahr 2020 kam es jedoch, vermutlich auf Druck der USA, zu ersten Verhandlungen zwischen beiden Staaten. Im Oktober 2022 kam es zu einer Einigung über den jahrzehntelangen Streit: Vom israelischen Kabinett wurde einem Vertrag über eine gemeinsame Seegrenze und Nutzungsrechte der Gasfelder beider Länder zugestimmt. Nach Jahren der Vermittlung durch die USA kam es zur Demarkierung der umstrittenen maritimen Grenze.

Regionale Rüstungskontrolle

Vergangene Versuche, regionale Rüstungskontrollmechanismen im Nahen und Mittleren Osten zu etablieren, sind bislang an der durch die anhaltenden Konflikte bedingten mangelnden Bereitschaft der Staaten in der Region, in Beratungen darüber einzusteigen, gescheitert. So wird seit Jahrzehnten, insbesondere von Ägypten, vergeblich die Einrichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone in der Region gefordert. Bis heute jedoch konnten sich die Staaten der Region nicht darauf einigen, eine solche Zone zu etablieren.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im Rahmen der UNIFIL-Mission sind alliierte Streitkräfte im Libanon stationiert. Insgesamt umfasst die Mission rund 9.600 Personen (Stand: [31.08.2024](#)). 50 Länder beteiligen sich, Deutschland stellt derzeit 78 Bundeswehrsoldat:innen (die Mandatsobergrenze des Deutschen Bundestags liegt bei 300 und ist derzeit bis Juni 2025 verlängert).

Die UNIFIL-Mission ist unter anderem in den libanesischen Hoheitsgewässern vor der Küste im Einsatz und überwacht dort die Einhaltung des Waffenstillstands an der 120 Kilometer langen „Blue Line“ zwischen Israel und dem Libanon. Gleichzeitig soll Waffenschmuggel über den Seeweg verhindert werden. Die Mission besteht seit rund 40 Jahren und ist somit eine der ältesten friedenserhaltenden Einsätze der Vereinten Nationen. Gleichzeitig war sie die erste maritime UN-Mission. Die Bundeswehr beteiligt sich jedoch erst seit 2006 daran.

Derzeit werden die Schiffe der UNIFIL-Mission von Deutschland (zwei Fregatten), der Türkei, Indonesien, Bangladesch und Griechenland gestellt. Die im Rahmen von UNIFIL geführten sogenannten „Dreiparteiengespräche“ (UNIFIL – Israel – Libanon) waren bislang die einzige Form der direkten Kommunikation zwischen Israel und dem Libanon. Ziel ist es, die politische Lösung des Konflikts zwischen den beiden Ländern zu fördern.

Hinzu kommen derzeit 151 Militärbeobachter:innen aus 25 Ländern, die im Rahmen der UNTSO (United Nations Truce Supervision Organization) im Libanon stationiert sind.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org

Abkommen	Status	Quelle
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Der Libanon wird, wie andere arabische Staaten der Region, zunehmend vom sogenannten IS bedroht. Bislang waren die Extremist:innen vorwiegend im Irak und in Syrien aktiv, sie versuchen jedoch auch, im Libanon Fuß zu fassen. Dazu wollen sie die Dörfer im Grenzgebiet zu Syrien unter ihre Kontrolle bringen und neue Stellungen in den syrischen Kalamun-Bergen errichten. Vor allem die schiitische Hisbollah hat der IS 2015 vermehrt angegriffen.

2014 haben IS-Kämpfer:innen und syrische Al-Qaida-Extremist:innen die Grenzstadt Arsal angegriffen, libanesischen Soldat:innen attackiert und als Geiseln genommen. Auch in der Küstenstadt Tripoli kam es wiederholt zu Kämpfen zwischen Soldat:innen und IS-Kämpfer:innen. Insbesondere seit Sommer 2015 ist die Gefahr gestiegen, dass der islamistische Terrorismus des sogenannten IS in den Libanon übergreift. Ende des Jahres 2015 wurden zwei Bombenanschläge in der Hauptstadt Beirut verübt, bei denen 43 Menschen ums Leben kamen und über 240 verletzt wurden. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag. Infolgedessen kam es zu Spekulationen, er habe begonnen, die libanesischen Dschihadismus-Szene zu dominieren und sunnitisch-extremistische Terrorzellen im Land aufzubauen. Im Juni 2016 wurden weitere Anschläge verübt, unter anderem in einem christlichen Dorf nahe der syrischen Grenze, in dem sich innerhalb eines Tages acht Selbstmordattentate ereigneten. Das brutale Vorgehen der Streitkräfte gegen diese Gruppierungen soll in der Vergangenheit jedoch auch bereits öfters syrische Geflüchtete getroffen haben.

Als Reaktion auf das Erstarken des IS im Land kündigten sowohl Russland als auch das Vereinigte Königreich an, den Libanon künftig stärker im Kampf gegen den Terror unterstützen zu wollen. In diesem Kontext äußerte Beirut Interesse an russischen Waffen für den Anti-Terror-Kampf und bat um die Lieferung von Panzerabwehrwaffen des Typs Kornet, um Geschütze und T-72 Panzer. Der Vertragsabschluss erfolgte Ende 2016.

Der Libanon wird formal von Saudi-Arabien als Mitgründungsmitglied der saudisch geführten Allianz gegen den sogenannten Islamischen Staat aufgeführt. Allerdings waren weder der Libanon noch Malaysia und Pakistan über die Gründung dieser Allianz informiert worden und hatten keine Teilnahme zugesagt. Über eine konkrete Beteiligung libanesischer Truppen an dem Kampf gegen den IS unter saudischer Führung lassen sich keine Informationen finden. Es steht jedoch fest, dass die LAF im Land und an den libanesischen Grenzen islamistische Gruppen bekämpfen.

Der Libanon ist Teil der US-geführten internationalen Koalition gegen den IS. Im September 2015 betonte der damalige libanesischen Außenminister Bassil jedoch, dass der Libanon keine Truppen oder Rüstungsgüter zum Kampf gegen den IS außerhalb des Landes schicken

werde. Gleichzeitig rief er die internationale Gemeinschaft dazu auf, sein Land stärker mit Waffen bei der internen Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen.

Im Jahr 2019 trat der Libanon der Internationalen Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002 bei.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die allgemeine Kriminalitätsrate galt im Libanon lange als vergleichsweise niedrig. Dennoch ist die Kriminalität im Libanon seit 2012 angestiegen, vor allem durch die Zahl der Fälle von Gewaltkriminalität, Autodiebstählen sowie Einbrüchen. Insbesondere in den Grenzgebieten zu Syrien, den Vororten Beiruts, der Bekaa-Ebene und in den palästinensischen Flüchtlingslagern florieren Kriminalität und Schmuggel. Im Organized Crime Index [2023](#) belegte das Land demnach bereits den 99. Platz, den es sich mit Afghanistan teilt. Dabei wird Libanon als ein Zielland für Menschenhandel beschrieben, insb. für Frauen aus Süd-/Süd-Ost-Asien und aus Ost- und Westafrika (vornehmlich als Hausangestellte und Sexarbeiterinnen) sowie männliche Opfer aus Syrien (primär in Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, Baugewerbe und im Dienstleistungssektor). Mit dem Strom an Geflüchteten aus Syrien nahm zudem die Inzidenz von Kinder-Zwangsarbeit zu (insb. zur Bettelei).

Während des Bürgerkriegs zwischen 1975 und 1990 war der Libanon einer der größten Heroin- und Haschischproduzenten der Welt. Nach dem Ende des bewaffneten Konflikts schränkte die neue Regierung den Anbau zunehmend ein. Trotzdem geht die illegale Drogenproduktion weiter, mit Rohstoffen etwa aus Afghanistan, dem Goldenen Dreieck oder Südamerika. Haschisch wird über den Landweg nach Ägypten geschmuggelt, Opium aus der Region in die Türkei und nach Israel, aber auch auf den internationalen Markt. Libanesische Familien, deren Mitglieder einst für israelische Behörden arbeiteten, leiten noch heute den Drogenhandel nach Israel. Dazu gehören die Clans der Biro und Nahara. Die Hisbollah soll ebenfalls in den Drogenhandel verstrickt sein und Geldwäsche in großem Stil betreiben. Laut US-Ermittler:innen verfügt die Hisbollah über großen Einfluss auf das Geldwäscheparadies im Dreiländereck zwischen Argentinien, Brasilien und Paraguay. Mit den Einnahmen aus den illegalen Geschäften soll der bewaffnete Kampf um die Vormachtstellung im Libanon und

gegen Israel finanziert werden. Im Libanon sind zudem Schutzgelderpressungen eine wichtige Einkommensquelle.

Tabelle 15
Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Der Libanon boykottierte zum wiederholten Mal, ähnlich wie die meisten arabischen Staaten, das von der UN initiierte Waffenregister. Zum letzten Mal erstattete das Land 2013 Bericht an das UN-Waffenregister. Auch an das UN-Register zu Militärausgaben berichtete der Libanon seit 2010 nicht mehr. Im Jahr 2020 reichte das Land aber erstmals wieder einen Bericht ein, gefolgt von einem im Jahr 2022 und zuletzt 2023.

Da das Land Mitglied des Arms Trade Treaty ist, sollte es hier bis zum August 2020 einen Initialbericht vorlegen, was bisher noch nicht geschehen ist. Dementsprechend wurde bislang auch noch kein Jahresbericht eingereicht. An das Programme of Action on small arms and light weapons reichte es seit 2004 fünf Berichte in unregelmäßigen Abständen ein, zuletzt 2018. Stand November 2024 sind frühere Berichte aber nicht mehr abrufbar.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate nur schwer erhältlich sind. Der illegale Waffenhandel floriert in den meisten Regionen Libanons, insbesondere in den Grenzgebieten zu Syrien sowie in der Bekaa-Ebene. Die 330 Kilometer lange Grenze zwischen Syrien und dem Libanon ist schwer kontrollierbar und wird daher in beiden Richtungen von Schmuggler:innen genutzt. Deren Geschäft wurde durch den Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges sowie das Erstarken des IS in Syrien stark angekurbelt. Zwischen 2011 und 2014 kam es zu einem Anstieg des Schmuggels und der Preise für auf diesem Weg gehandelte Waffen und Munition. Besonders häufig sollen AK-47 Gewehre und verschiedene Versionen der M-16 Gewehre verschoben werden.

Zudem versorgt der Iran die schiitische Hisbollah-Miliz regelmäßig auf illegalem Weg mit Waffen. Der libanesischer Schwarzmarkt floriert, vor allem in der nordlibanesischen Stadt Tripoli und in Beirut, und profitiert dabei auch von Waffenrestbeständen aus dem libanesischen Bürgerkrieg.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Economically, Lebanon has been beset by a crisis the World Bank described in 2021 as among the top 10, possibly even the top three, most severe economic crises globally since the mid-19th century. The COVID-19 pandemic has caused widespread stagnation throughout the world, and Lebanon has not been immune to these effects, as evidenced by worsening conditions, rising living costs and further stagflation. More than 10,000 deaths from COVID-19 were reported to the World Health Organization (WHO), creating a profound impact on the ability of many families to survive the ongoing crisis. The Lebanese pound has lost 90% of its value. Two years of inaction by the central bank, Banque du Liban (BDL), led to the emergence of a significant illicit market for currency trading. In early 2023, the BDL announced an adjustment to the official exchange rate for the Lebanese pound (LBP). Previously pegged to the U.S. dollar at LBP 1,507 to the dollar since 1997, the BDL revised the rate to LBP 15,000 to the dollar. Lebanon's immediate and mid-term economic future is tied to the capacity of the current caretaker government of Najib Miqati to convince international creditors to unlock emergency funds for development and recovery. These funds, necessary to plug a \$72 billion-sized hole in the financial system, are contingent, however, on the government implementing structural reforms – a task it will struggle to undertake as long as the presidential vacuum continues.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/LBN>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

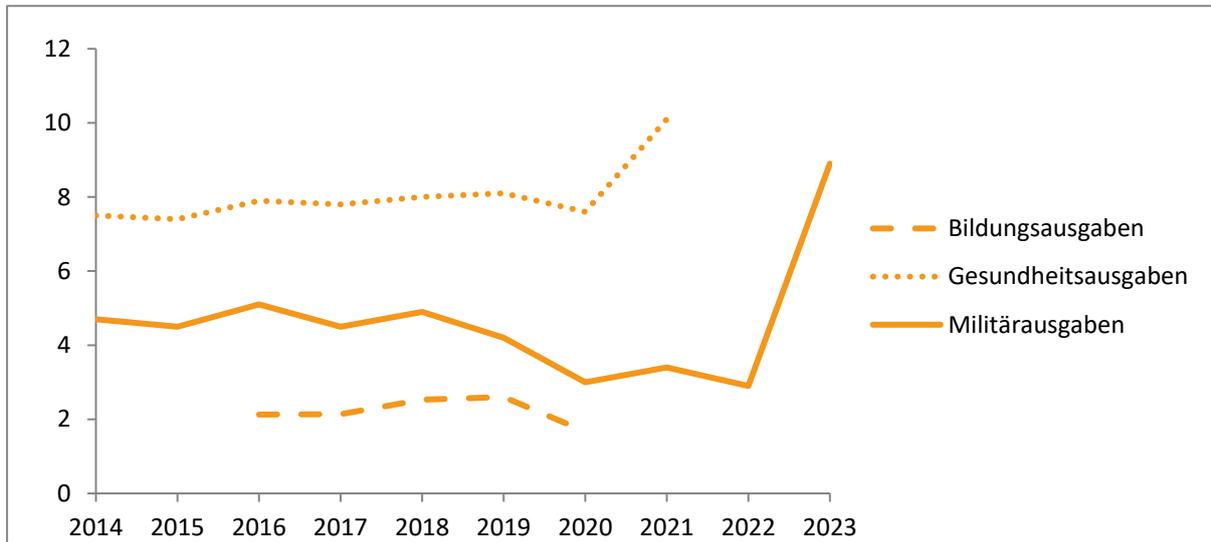
	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	2154	2172	2269	2323	2386
Militärausgaben/BIP	4,2	3,0	3,4	2,9	8,9
Gesundheitsausgaben/BIP	8,7	7,6	10,1	-	-
Bildungsausgaben/BIP	2,6	1,7	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2018	2019	2020	2021	2022
Auslandsverschuldung	79650	73893	68874	66900	67109
Anteil am BIP (in Prozent)	145.1	143.2	217.2	289.2	319.7
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	986.41	1041.71	1144.12	1090.93	1092.62
Net ODA (% of GNI)*	1.72	1.9	4.35	6.32	-
Deutsche ODA Zahlungen*	244.26	226.8	293.09	331.6	332.66

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2022).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	210.2	199.3	201.5	197.2	246.2
Index-Platzierung	7	13	13	13	3

Tabelle 19**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2019	2020	2021	2022	2023
Israel	Militarisierungswert	270	268	263.3	257.1	262.3
	Index-Platzierung	1	1	1	2	2
Jordanien	Militarisierungswert	202.8	203.2	203.1	200.9	201.4
	Index-Platzierung	11	10	11	12	15
Syrien	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.
<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2019	2020	2021	2022	2023
Israel	Militärausgaben (absolut)	22737	23686	24414	23406	28957
	Militärausgaben/BIP	5,1	5,3	5,0	4,5	5,3
Jordanien	Militärausgaben (absolut)	2154	2172	2269	2323	2386
	Militärausgaben/BIP	4,6	4,7	4,8	4,9	4,9
Syrien	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-

	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2022). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2021	2022
HDI-Wert	0,764	0,760	0,742	0,725	0,723

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/LBN>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung

Mit einem Nationaleinkommen pro Kopf von 4.410 US-Dollar (2022) zählt das Land heute nur noch zu den lower middle income economies. Die Auslandsverschuldung ist mit 309 % des Nationaleinkommens (Stand 2021) enorm hoch. Der Libanon steckt derzeit in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Bereits vor der Covid-Pandemie schrumpfte die Wirtschaftsleistung leicht bzw. deutlich (um 1,9 % 2018 und 6,9 % 2019) bevor sie 2020 dramatisch einbrach (-21,4 %). Auch 2021 erholte sich die Wirtschaft nicht (-7 %). 2022 war noch immer eine Schrumpfung um 0,6 % zu verzeichnen. Der Libanon befindet sich derzeit in einer sehr akuten und dauerhaften Finanz- und Wirtschaftskrise, welche von der Weltbank als wahrscheinlich eine der drei schwersten Krisen weltweit seit Mitte des 19. Jahrhunderts gewertet wird. Armutszahlen liegen nicht vor; jedoch gehen Schätzungen davon aus, dass etwa 60 % der Bevölkerung in Armut lebt. Auch die Lebenserwartung ging zuletzt drastisch zurück; sie fiel innerhalb von nur fünf Jahren um sechs Jahre. Mit 6,5 % des Nationaleinkommens empfing der Libanon zuletzt daher wieder so viel internationale Entwicklungshilfe, wie zuletzt 1990 zu Ende des libanesischen Bürgerkrieges. Angesichts der aktuellen Krise bewerten wir – abweichend von der BICC-Datenbank – Rüstungsexporte in den Libanon in Hinblick auf Kriterium acht des gemeinsamen Standpunktes als zumindest möglicherweise kritisch.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Vor dem Bürgerkrieg von 1975 zählte der Libanon zu den bedeutendsten Finanzzentren im Nahen Osten und als wichtige Handels- und Wirtschaftsmacht in der Region. Sowohl der Bürgerkrieg als auch die Kampfhandlungen mit Israel 2006 verursachten erhebliche wirtschaftliche Schäden. Mit einem Nationaleinkommen pro Kopf von 4.410 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2022; 2021 lag es noch bei 4.970) zählt das Land heute nur noch zu den lower

middle income economies (die Weltbank stufte das Land im Juli 2022 von einem upper middle-income country ab). Gegenüber dem Internationalen Währungsfond bestehen keine ausstehenden Verbindlichkeiten; dennoch ist die Auslandsverschuldung mit 309 % des Nationaleinkommens (Stand 2021) enorm hoch. Der Libanon steckt derzeit in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Bereits vor der Covid-Pandemie schrumpfte die Wirtschaftsleistung leicht bzw. deutlich (um 1,9 % 2018 und 6,9 % 2019) bevor sie 2020 dramatisch einbrach (-21,4 %). Auch 2021 erholte sich die Wirtschaft, die zu großen Teilen auf Tourismus und Dienstleistungen beruht, nicht (-7 %). Über die letzten Jahre sanken die Exporte um durchschnittlich 11 % und trugen so zur allgemein schlechten Entwicklung bei. Auf dem Global Competitiveness Index belegte das Land zuletzt (2019) mit 56.3 Punkten dennoch Rang 88 (von 141). Angesichts der Tiefe der anhaltenden Wirtschafts-, Währungs-, Finanz- und Schuldenkrise und der regionalen und innenpolitischen Instabilität geht die [Economic Intelligence Unit \(EIU\)](#) auch in den kommenden Jahren (2024 - 2028) nur von einer sehr langsamen und teilweisen Erholung der Situation aus.

Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,723 auf dem Human Development Index des UNDP gehört der Libanon gerade noch so zur HDI-Gruppe der Länder mit einer „hohen menschlichen Entwicklung“ (Rang 109 von 193). Der Wert sank seit 2018 um 0,042 Punkte und entspricht somit einem Entwicklungsstand, den Libanon zuletzt im Jahr 2007 erreichte. Damit liegt es in der gleichen Gruppe wie sein süd-östlicher Nachbar Jordanien (99), deutlich hinter seinem südlichen Nachbarn Israel (Rang 25; „sehr hohe menschliche Entwicklung“) und etwas vor seinem nördlichen Nachbarland Syrien (Rang 157 „mittlere menschliche Entwicklung“). In Bezug auf den Gender Development Index, welche geschlechtsspezifische Ungleichheiten in den drei grundlegenden Dimensionen der menschlichen Entwicklung misst, schneidet das Land sehr schlecht ab. Unter 173 erfassten Ländern landet der Libanon auf Platz 149. Im Libanon kommen Männer nicht nur in den Genuss einer durchschnittlich längeren Schuldbildung, sondern verdienen mit durchschnittlich 18.439 US-Dollar (2017, PPP) etwa dreimal so viel wie Frauen (6.546 US-Dollar; 2017 PPP).

Der Libanon befindet sich derzeit in einer sehr akuten und dauerhaften Finanz- und Wirtschaftskrise, welche von der Weltbank als wahrscheinlich eine der drei schwersten Krisen weltweit seit Mitte des 19. Jahrhunderts gewertet wird. Die globale COVID-19-Pandemie und die Explosion am 4. August 2020 und regionale Instabilitäten haben diese Krise weiter verstärkt. So beherbergt der Libanon nach Angaben von [Human Rights Watch](#) derzeit offiziell etwa 900.000 Geflüchtete aus Syrien; etwa 500.000 weitere sollen sich informell im Land aufhalten. Hinzu kommen etwa 174.000 palästinensische Geflüchtete. Offizielle Armutszahlen liegen nicht vor; jedoch gehen Schätzungen davon aus, dass etwa 60 % der Bevölkerung in Armut lebt (Stand 2022). Mit 6,5 % des Nationaleinkommens empfing der Libanon zuletzt daher wieder so viel internationale Entwicklungshilfe, wie zuletzt 1990 zu Ende des libanesischen Bürgerkrieges. Auch die Lebenserwartung ging zuletzt drastisch zurück; sie fiel innerhalb von nur vier Jahren von 80 Jahren (2018) auf 74 Jahre (2022)

Mit einem SDG-Index Score von 63,9 Punkten liegt der Libanon aktuell auf Platz 110 (von 166) auf dem Ranking des Sustainable Development Boards. Mit aktuell gerade einmal 30 % Zielerreichung ist der Libanon weit davon entfernt die Sustainable Development Goals fristgerecht zu erreichen; insbesondere da in letzter Zeit nur in Bezug auf SDG 9 (Industry,

innovation and infrastructure) Fortschritte zu verzeichnen waren, in Bezug auf SDG 2 (zero hunger), 3 (good health) und 5 (gender equality) noch große Herausforderungen zu bewältigen sind.

Die Militärausgaben des Libanon gingen zuletzt deutlich zurück (von 4,9 % in 2018 auf 3,0 % 2022), lagen 2023 mit 8,9 Prozent aber wieder ausgesprochen hoch und nur leicht unter den Gesundheitsausgaben (10,1 %) aber vermutlich weit vor den Bildungsausgaben (1,7 % in 2020). Dennoch gehört der Libanon aktuell immer noch zur Gruppe der am stärksten militarisierten Staaten der Welt (GMI-Rang 3 in 2024). Angesichts der aktuellen Krise bewerten wir – abweichend von der BICC-Datenbank – Rüstungsexporte in den Libanon in Hinblick auf Kriterium acht des gemeinsamen Standpunktes als zumindest „möglicherweise kritisch“.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Februar 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

